



Mieten zerreißen die Gesellschaft

, 17. April 2018

Der weiße Miethai reckt sich hoch in den Himmel. Überlebensgroß, ein weit aufgerissener roter Schlund mit scharfkantigen Raubtierzähnen. DIE LINKE im Bundestag war mit diesem Hai vor Ort: in Hamburg, in Köln, in Berlin, in München. Jeweils dort, wo einst Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Einkommen gut nebeneinander und miteinander lebten. Die Südstadt in Köln, St. Georg in Hamburg, Giesingen in München und Kreuzberg in Berlin. An allen Orten bleiben Passanten beim Mietmonster stehen und fangen an zu reden. »In Hamburg fehlen 20.000 Sozialwohnungen«, sagt einer. Ein anderer: »Ich wohne hier schon seit 1951, bin hier groß geworden. Die Mieten haben sich dramatisch erhöht.« Ein Dritter: »Es müsste verboten sein, mit Wohnraum Geschäfte zu machen.«

Die Erfahrungen gleichen sich. Egal ob in Stuttgart, München, Frankfurt am Main, Berlin, Hamburg, Köln oder in anderen Innenstädten. Wohnraum wird privatisiert, zweckentfremdet, in Eigentum umgewandelt, es wird kräftig saniert und danach verdrängt. Immer mehr Familien, Paare, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner können sich die hochgeschraubten Mieten in ihren angestammten Wohnvierteln nicht mehr leisten.

»Wer kann das bezahlen?«, fragt eine Kölnerin.
»Rentner nicht, auch Berufstätige nicht, je nachdem, was sie arbeiten.«

Eine alte Faustregel besagt, mehr als 30 Prozent des Einkommens sollte niemand fürs Wohnen ausgeben müssen. Ansonsten bleibt nicht genügend für die anderen Dinge des Lebens. Die Hans-Böckler-Stiftung belegt mit einer Studie, dass inzwischen rund 40 Prozent der großstädtischen Haushalte allein für die Kaltmiete mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens aufbringen müssen. Die Kosten für Heizung, Wasser und Strom kommen da noch obendrauf. In Zahlen ausgedrückt betrifft das rund 5,6 Millionen Haushalte. Gut 1 Million Haushalte zahlt sogar mehr als die Hälfte des Einkommens für die Miete. Die Verdrängung trifft aber auch viele Händler, Handwerker, Kreative, kleine Läden. Plötzlich ist der Bäcker oder die Buchhandlung um die Ecke nicht mehr da.

Der Caritasverband veröffentlichte im Januar 2018 seine aktuelle Studie »Menschenrecht auf Wohnen«. Danach stellen hohe Wohnkosten für 79 Prozent der Befragten ein erhebliches Armutsrisiko dar. 83 Prozent der Befragten mit einem Nettoeinkommen bis 1.500 Euro stufen das Thema »bezahlbares Wohnen« als existenziell für sich ein. Aber auch Gutverdienende mit einem Einkommen von mehr als 3.000 Euro sagen, dass »gute Politik« sich messen lassen muss an erschwinglichen Mieten. Den Auftrag an die Politik bringt ein Passant aus Hamburg auf den Punkt: »Es braucht endlich wieder Sozialpolitik. Es braucht wieder sozialen Wohnungsbau. In Massen, richtig viel.«

Verwandte Nachrichten

17.04.18 | Gute Arbeit. Faire Löhne. Soziale Gerechtigkeit!

